

rot dorn

Pinocchio
würde SPD
wählen.



Für neue
Märchen in
Europa und
weniger Holzpuppen
im Parla...

Schwerpunkt: Wahlen

Schein oder Sein der SPD Merkel war Stütze der DDR Auswertung des Bildungstreiks

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

nun ist der Rotdorn bereits 18 Jahre alt und volljährig. Das ist ein Grund zum Feiern! Wir laden alle herzlich zu unserer zweitägigen Geburtstagsparty ein! Weiteres erfährst du unten auf der Seite.

Wir senden weiterhin regelmäßig unsere Radiosendung. Rotdorn-Radio ist jeden 2. Montag (jede gerade Kalenderwoche) zwischen 19 – 20 Uhr auf den Radio-Frequenzen von Alex, dem Offenen Kanal Berlin (in Berlin über Antenne 97,2 MHz oder im Kabelradio 92,6 MHz und weltweit im Internetlivestream auf www.okb.de/radiostream.htm) zu hören.

Wer den Termin verpasst, kann sich die Sendung auch als .mp3-File auf unserer Homepage www.rotdorn.org anhören.

Ansonsten brauchen wir noch dringend Hilfe für unser Zeitschriften- und Radio-projekt. Überlege bitte, ob du nicht ein wenig Freizeit für die Schaffung einer Gegen-öffentlichkeit opfern kannst.

Schreib uns: rotcorn@gmx.de.

Inhalt

Merkel war eine Stütze des DDR-Regimes.....	03
Mit dem Strom schwimmt`s sich besser.....	04
Schein oder Sein der SPD.....	05
Interview mit Norbert Müller.....	06
Selbstverständnis des Rotdorn.....	07
Auswertung des Bildungsstreiks 2009.....	08
Gedicht: Der Ruf.....	09
Ökologische Schulden.....	10
Interview mit der Punkband Stakeout.....	12
Stoppt die GEMA.....	13
Antifa: No Pasaran auch 2010.....	14
Kürzungen im Jugendbereich in Pankow.....	15
Aufstand der Farben.....	16
Selbstverständnis der Linksjugend [’solid].....	17
Rubrik Neusprech - Diesmal Unrechtsstaat.....	18
Termine.....	19

rotcorn-Party

Der Rotdorn wird 18 Jahre und alle sind zur 2-tägigen Geburtstagsparty eingeladen!

am Freitag, 11. September 2009, spielen: am Samstag, 12. September 2009, spielen:

**Mrs Winterbottom,
Port Royal,
Bonfyah**

**Ragga Gagga Gang,
Stakeout**

Eintritt 3 €
mehr Infos: www.rotcorn.org

im Kurt Lade Klub, Grabbeallee 33, 13156 Berlin-Pankow
leicht zu erreichen mit der Tram M1 und Bus 250 (Haltestelle Bürgerpark)
Einlass 20 Uhr - Die erste Band beginnt bereits 21 Uhr



Impressum

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich
und hat diesmal eine Auflage
von 5 000 Exemplaren

19. Jahrgang/ 52. Ausgabe
3. Ausgabe im Jahr 2009

Namentlich gekennzeichnete
Artikel müssen nicht immer die
Meinung der Redaktion wiedergeben

V.i.S.d.P.

Die Rotdornredaktion

Herausgeber

Linksjugend [’solid] Berlin

Linksjugend [’solid] Brand-
enburg

www.solid-web.de

www.solid-brandenburg.de

www.solid-berlin.org

Gestaltung

Körnchen

Kontakt

Rotdorn

c/o Linksjugend [’solid]

Kleine Alexanderstr. 28

10178 Berlin

fon: (030) 44 04 61 56

mail: rotcorn@gmx.de

web: www.rotcorn.org

Bankverbindung

Inhaber: solid e.V.

Kontonummer:

43 93 85 15 00

Bank: Berliner Bank AG

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: Rot-
dorn

Merkel war eine Stütze des DDR-Regimes

Wie stark die bürgerlichen Medien auf die DDR-Vergangenheit heutiger Politiker eingehen, ist sehr unterschiedlich und wohl nur mit politischem Kalkül zu erklären. Während dem Anwalt von DDR-Oppositionellen, Gregor Gysi, immer wieder vergebens versucht wird, eine Stasi-Vergangenheit anzudichten, wird über die DDR-Biografie Angela Merkels überraschend wenig berichtet. Lediglich, dass sie eine Pfarrerstochter ist, wird verbreitet. Das klingt nach Repressalien und Opposition. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Angela Merkel war eine Stütze des DDR-Regimes, wie der folgende Artikel nachweist.

Ihre Kinder- und Jugendzeit

Zunächst ist Merkel am 17. Juli 1954 als Angela Dorothea Kasner in Hamburg-Barmbek geboren. Da sie im zarten Alter von 8 Wochen mit ihrer Familie in das Prignitzer Dorf Quitzow überwechselte, darf sie aber getrost als Ossi gelten. Ungewöhnlich bleibt der Schritt ihres Vaters. Der Pfarrer ging in den 50ern vom Westen in den Osten, als viele seiner Kollegen die Gegenrichtung antraten. Im Kalten Krieg hatten die DDR-Oberen in der Kirche den Klassenfeind ausgemacht und behandelten die Kirche auch dementsprechend. Vater Kasner, auch „der rote Kasner“ genannt, wird mit den Worten zitiert, er habe nicht „bei den Fleischtöpfen Ägyptens“ bleiben wollen. Ägypten steht in der christlichen Religion per se wie auch Babylon für ein Ausbeutersystem (Auszug des Volkes Israel aus Ägypten). Frühzeitig trat er für die Kirche im Sozialismus ein und gehörte der Leitung des staatsnahen Weißenseer Kreises an. Ab 1957 lebte Familie Kasner in der uckermärkischen Kreisstadt Templin. Dort wurde Vater Horst Kasner Leiter einer kirchlichen Weiterbildungsstätte. Im Gegensatz zu fast allen anderen DDR-Bürgern war es beiden Eltern der Bundeskanzlerin bis zum Ende der DDR vergönnt, in das „nichtsozialistische Ausland“, also z.B. in die BRD und die USA, zu reisen. Dieses Privileg muss quasi als Auszeichnung für besondere Staatstreue angesehen werden. 1961 wurde Angela Merkel in Templin eingeschult und Mitglied der Jungen Pioniere. Später wurde sie auf eigenen Wunsch Mitglied der Freien Deutschen Jugend (FDJ), was für Pfarrerskinder ungewöhnlich war und nicht erwartet wurde. 1973 legte sie mit 1,0 ihr Abitur ab, was ohne ein aktives „Mitmachen“ nicht denkbar war. Überhaupt an einer Erweiterten Oberschule (EOS) aufgenommen zu werden, zur „sozialistischen Elite“ zu gehören und das Abitur ablegen zu dürfen, war jedenfalls Oppositionellen unmöglich und blieb vielen Pfarrerskindern verwehrt. 1973 begann sie in Leipzig an der Karl-Marx-Universität ihr Physikstudium. Dort lernte sie

ihren ersten Ehemann während einer Austauschreise nach Moskau und Leningrad kennen. Schließlich heiratete sie den Physikstudenten Ulrich Merkel am 3.9.1977. Sie wird mit dem romantischen Rückblick zitiert: „Wir haben geheiratet, weil alle geheiratet haben“. So wurde die Ehe auch 1982 geschieden. 1978 legte sie ihre Diplomarbeit vor, die mit „sehr gut“ bewertet wurde.

Ihre Arbeit in einer Eliteinstitution der DDR

Von 1978 war sie bis 1990 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften. Die Akademie der Wissenschaften war die bedeutendste Forschungseinrichtung der DDR. Die Aufnahme in die Akademie stellte eine Auszeichnung dar und war nur für Linientreue denkbar. Damit aber nicht genug. Bis 1984 war sie an der Akademie der Wissenschaften FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda. Zwar waren fast alle DDR-Bürger in ihrer Jugend FDJ-Mitglieder, solche exponierten Ka-

der- und Leitungsfunktionen waren jedoch absolut freiwillig. Lediglich besonders Überzeugte und Karrieristen waren in solchen Positionen vertreten. Die Kanzlerin war nicht etwa nur FDJ-Sekretärin irgendeiner Schulklasse, sondern der wichtigsten Forschungsinstitution der DDR überhaupt. Als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda war sie für die ideologische Schulung der FDJ-Mitglieder der Akademie der Wissenschaften verantwortlich. So organisierte sie das FDJ-Studienjahr, also die monatlichen Schulungstreffen, die Wandzeitung und ähnliches. So durfte sie auch promovieren und erhielt 1986 den Dokortitel. In der DDR hieß Treue zum System Geben und Nehmen. Zeigte man sich als politisch zuverlässig, stellten sich alsbald Privilegien ein. In diesem Zusammenhang ist es auch zu sehen, dass sie als kinderlose, junge Frau (die also keine besondere familiäre Bindung hatte) 1986 in den Westen reisen durfte. Das war die absolute Ausnahme und nur für einhundertprozentig Systemtreue denkbar. ▶



Bildcollage: Merkel im Jahr 1990

Bewertung der DDR-Biografie

Angela Merkel war ohne Zweifel eine der Stützen der DDR. Sicherlich war sie ein kleines Rad im Getriebe, aber ohne diese „kleinen Räder“ hätte das System nicht funktioniert. Sie handelte absolut staatstreu und im Sinne der Herrschenden in der DDR. Und eines ist sicher: Hätte Angela Merkel auch nur eine noch so kleine Widerstandsaktion durchgezogen oder wäre sie auch nur ein paar Meter gegen den Strom geschwommen, es wäre ganz oben in jeder Biografie erwähnt und sie würde damit hausieren gehen. Eine solche kleine Geschichte gibt es aber nicht.

Bleibt die Frage: Ist es überhaupt

schlimm, eine Stütze der DDR gewesen zu sein? Sicherlich nicht per se. Es gab viele „kleine Stützen“, die von der DDR überzeugt waren und glaubten, gutes zu tun und gutes taten, die ihren Mitmenschen halfen und nicht schaden. Während aber auf diese Stützen des Systems nach der Wende eingepöbeln wurde, erlebte Angela Merkel einen kometenhaften Aufstieg, wurde 1990 bereits Ministerin und wickelte in nicht einmal sechs Monaten die DDR ab, der sie „treu gedient“ hatte. Wenn es nicht schon den Begriff Wendehals geben würde, man müsste ihn für Merkel erfinden. Daraufhin wurde sie von Bundeskanzler Kohl gefördert, der sie als „mein Mädchen“ bezeichnete, bis sie 2005 sogar Bundeskanzlerin wurde. Nach diesem

Aufstieg in die westdeutsche Spitzenebene thematisiert keiner die Vergangenheit der Kanzlerin und sie kommt damit durch, dass sie behauptet, „in der DDR unpolitisch gewesen“ zu sein. Warum?

sk



Mit dem Strome schwimmt's sich besser oder Von den Schwierigkeiten des aufrechten Gangs

Der Mensch, das wissen wir spätestens seit Marx, ist ein Ensemble gesellschaftlicher Beziehungen. Pädagogen und Soziologen reden davon, dass der Mensch vor allem ein Produkt seiner Sozialisation (Prozess der Einordnung des heranwachsenden Individuums in die Gesellschaft und die damit verbundene Übernahme gesellschaftlich bedingter Verhaltensweisen) sei. Eine besondere Rolle spielt dabei gewiss der Einfluss der Eltern, deren lebenspraktische wie weltanschauliche Überzeugungen, die sie den Kindern auf den Lebensweg mitgeben. Jedoch spricht eine arabische Weisheit zu Recht darüber, dass die Eltern nur „die Bögen sind, von denen die Kinder als lebende Pfeile ausgeschickt werden“ und die Eltern kaum Schnelligkeit und Ziel dieser „Pfeile“ bestimmen können.

Dies alles fließt zusammen, wenn ein junger Mensch seinen eigenen Weg, seinen Platz in der Gesellschaft sucht. Die zitierte Volksweisheit redet poetisch vom „Hause von Morgen“, in dem die Kinder ihre Wohnung finden müssen. Wie war das nun damals in der DDR unter dem stalinistischen und poststalinistischen SED-Regime? Die staatliche Ordnung beschnitt massiv die Individualrechte – Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit etc. -, gewährte jedoch im allgemeinen die sozialen Menschenrechte – Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf Gesundheitsversorgung. Die Regierenden misstrauten ihrem Volk

und überzogen es deshalb mit einem Überwachungs- und Spitzelsystem. Die staatlich gelenkten Medien berichteten gewöhnlich nur die halbe Wahrheit. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass der Kalte Krieg herrschte und nicht nur die DDR einen allseits tätigen Geheimdienst unterhielt.

Doch auch in so einem Lande war es möglich, seine Überzeugungen zu leben. Junge Menschen konnten sich – ähnlich wie heute – unter in Kaufnahme persönlicher Nachteile und trotz vieler Einflüsse entscheiden, ob sie Mitläufer, Karrieristen, an der Gesellschaft uninteressierte, nur auf eigenen Spaß- und Lustgewinn orientierte Nischenbewohner werden wollten, oder ob sie als am System etwas verbessern wollende in Diskussionszirkeln, Reform- und/oder Oppositionsgruppen ihre geistige Heimat fanden. So gab es in der SED solche Reformgruppierungen ebenso wie in den Kirchen und in der Gewerkschaft. Diese kritischen Geister wurden natürlich bespitzelt und von den „Oberen“ scheinbar beäugt. Einige von ihnen wurden ins Gefängnis gesteckt oder in den Westen abgeschoben. Das nahmen sie jedoch um der Sache eines anderen, demokratischen Sozialismus willen in Kauf. Solche Menschen, - nicht die Ausreisewilligen - waren die „Hefe im Teig“ von 1989, als das Regime zusammenbrach. Natürlich gab es auch, wie in jeder Diktatur, viele Ängstliche, die mit eingezogenem Kopf „überwintern“ wollten, oder andere, die oberflächlich, ohne sich mit den

Gründen des Wohlstandes in der BRD auseinanderzusetzen, den westlichen Konsum anbeteten und begehrten.

Bemerkenswert ist für einen kritischen Zeitgenossen allerdings, dass gerade die „schweigende Mehrheit“ all der Mitläufer und Karrieristen von damals, heute ihre DDR-Vergangenheit verschweigen oder mit grobem Pinsel „schwarz-weiß“ malen möchten. Wollen sie sich frei sprechen trotz ihres Untertanengeistes? Dieser Geist jedoch war zu allen Zeiten verwerflich! Widerstand und aufrechter Gang ist gegenwärtig ebenso gefragt wie zu DDR-Zeiten.

Klaus Körner

(Der Autor ist Schriftsteller und Jurist. Er wurde in der DDR-Zeit aus politischen Gründen vom Studium exmatrikuliert und später nicht in den DDR-Schriftstellerverband aufgenommen.)

Das Thema DDR im Rotdorn-Radio:

Rotdorn-Radio vom 12. November 2007
»Die Bürgerrechtsbewegung in der DDR und die Wende 1989«

Rotdorn-Radio vom 2. Oktober 2006
»Die deutsche Einheit und die Kolonialisierung der DDR«

zu finden im Radioarchiv auf
www.rotdorn.org

Schein oder Sein?

- über die Realitätsferne der SPD –

Im Vorwort des Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl 2009 betont die Partei, dass „diese Krise mehr sei als ein normaler Konjunkturbruch. Sie sei das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt stehe“. Sie will fortan eine „soziale Demokratie“ mit Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft umsetzen. Hierzu formuliert sie acht zentrale Ziele: faire Entlohnung in Form eines Mindestlohns, faire Bildungschancen, eine ökologische Modernisierung, Familien stärken, Gleichstellung fördern, Integration unterstützen, ein soziales Europa gestalten und einen Neustart der sozialen Marktwirtschaft vorantreiben. In ihrem Wahlprogramm stehen Sätze wie: „die Verantwortlichen und Vermögenden sollen an den Kosten der Krise beteiligt werden“ [...], „Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können“ [...] oder „Wir haben seit 1998 die Fenster mutig aufgestoßen und das Land positiv verändert“. Bei solchen Phrasen fragt man sich ernsthaft, ob die SPD das Volk für dumm verkaufen will oder an einer pathologischen Realitätsverweigerung leidet.

Zieht man ein Fazit der letzten elf Jahre Regierungsbeteiligung der (a)sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben wir folgendes Ergebnis:

- Die Politik der Agenda 2010 und damit millionenfache (Kinder-)Armut und Entwürdigung vieler Menschen. 1 Euro Jobs als moderne Zwangsarbeit und Hartz4-Empfänger als gläserne Menschen, die ihr Vermögen und ihre Ersparnisse verscherbeln müssen.
- Die Einführung der Rente mit 67 und damit eine zukünftig stark steigende Altersarmut, da viele Menschen vor 67 aus dem Arbeitsleben rausgeworfen werden und dann mit saftigen Rentenkürzungen rechnen dürfen.
- Eine Steuerpolitik, welche eine gnadenlose Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Reichen und Vermögenden und zu Lasten der Armen und schlecht bezahlten Menschen darstellt.



- Rot-Grün hat Deutschland erstmalig nach 1945 in gleich drei Kriege gestürzt: Kosovo, Afghanistan und dem Irak (logistische und geheimdienstliche Unterstützung). Von einer Friedenspartei kann keine Rede mehr sein.

- Massiver Sozialabbau, Lockerung des Kündigungsschutzes, großflächige Ausweitung von Leiharbeit und dem Niedrig-Lohnsektor und überall steigende Kosten für die Armen des Landes und Steuergeschenke für die Reichen.

- Zulassung von Hedgefonds, Lockerung der Spekulations- und Börsenregelungen und damit Mit-Verursacher der jetzigen weltweiten Wirtschaftskrise.

- Zustimmung zu einer Reihe von verfassungsfeindlichen Gesetzen wie der Vorratsdatenspeicherung und der sog. „Anti-Terror-Pakete“.

Die SPD ist durch ihre Politik und ihre inneren Widersprüche nicht nur unwählbar geworden, sondern auch im Untergang begriffen. Bei der Europawahl 2009 ist sie knapp über die 20%-Marke gekommen. Dies hatte jedoch keine Selbstkritik zur Folge, sondern es wurde posthum der geringen Wahlbeteiligung, also dem Volk, die Schuld für das eigene Versagen gegeben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen forderte in den Medien lauthals: „Wer nicht zu einer Wahl geht, sollte 50 Euro Strafe zah-

len“. Dass der Geist der SPD durch den Habitus von Pöstchenjägern, skrupellosen Karrieristen und menschenverachtenden SPD-Abgeordneten von innen zerstört wird, durften wir schon öfters erleben. Als der ehemalige Berliner SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin mit Sätzen wie „das kleinste Problem von Hartz-IV-Empfängern ist das Untergewicht“ die Öffentlichkeit provozierte und seine menschenverachtende Ader offenbarte, schwieg die SPD. Sarrazin selbst glänzte mit 46 Nebenjobs, wie die Berliner Zeitung am 9. Juni 2008 veröffentlichte. Auch der so hochgelobte Franz Müntefering, ein Parteisoldat und Agenda-Jünger, betonte, dass „nur der essen solle, der auch arbeite“ (Zeit, vom 10.5.06) und dass es unfair sei, politische Parteien an ihren Wahlkampfversprechen zu messen. Längst vergessen wohl auch der Ausspruch vom ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Clement, als er ALG2-Empfänger pauschal als „Parasiten“ bezeichnet hatte (Freitag, vom 28.10.05). Das Ideal der sozialen Gerechtigkeit wurde bei der SPD gründlich über Bord geworfen. Wer dieser Partei das Adjektiv „sozial“ noch abkauft, sollte sich die Regierungsarbeit der SPD in den letzten elf Jahren noch einmal genauer anschauen.

by epikur



www.zeitgeistlos.de

» Mit jedem Prozent, das die Linke erhält, wird der Druck auf die etablierten Parteien steigen.«

Interview mit Norbert Müller

Norbert Müller, der am 10. Februar 1986 geboren wurde, ist stellvertretender Landessprecher der Linksjugend [’solid] in Brandenburg. Er kandidiert auf Vorschlag der Linksjugend [’solid] auf der Liste der Linken zur Landtagswahl am 27. September 2009 in Brandenburg. Im Rahmen unserer Radiosendung »Rotdorn Radio« sprachen wir mit ihm über die bevorstehenden Wahlen.

Rotdorn-Radio: Was möchte die Linke nach den Landtagswahlen in Brandenburg verwirklicht sehen?

Norbert Müller: In den Mittelpunkt unserer Politik stellen wir die soziale Frage. Brandenburg ist eines der Länder mit der höchsten Kinderarmut, der höchsten Arbeitslosigkeit, den meisten Menschen, die von Hartz-IV leben müssen und zugleich gibt es in Brandenburg Wohlstandsoasen. Wir wollen eine andere Umverteilung, nicht mehr von unten nach oben, sondern von

oben nach unten. Wir wollen den freien Zugang zu Bildung und Kultur statt weiteren Kürzungen in der Bildungs- oder Sozialpolitik. Kurzum: Die Linke steht für den grundlegenden Politikwechsel.

Rotdorn-Radio: Im Zentrum des Wahlkampfes der Linken stehen zwölf Forderungen, die bei einer Regierungsbeteiligung realisiert werden sollen. Was macht Dich so sicher, dass diese nach der Landtagswahl umgesetzt werden können?

Norbert Müller: Wenn Die Linke bei den Landes- und Bundestagswahlen ein gutes Ergebnis erzielt, wird der Druck auf die Herrschenden größer und die Chancen z.B. zur Einführung des Mindestlohn steigen. An der Regierung werden wir uns in Brandenburg nur beteiligen, wenn es einen grundlegenden Politikwechsel gibt. Dafür machen wir beispielsweise mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ein Angebot. Will die SPD den Politikwechsel nicht, muss sie eben ihre unsoziale und bildungsfeindliche Politik mit der CDU fortsetzen.

Rotdorn-Radio: Seit 1999 ist die DVU im Landtag vertreten. Welche Rolle spielt sie und kann sie politische Akzente setzen?

Norbert Müller: Die DVU ist in Brandenburg eine Phantompartei geblieben. Mit ihren Abgeordneten haben sie in zehn Jahren Landtagsarbeit außerhalb von wirren, mit rechtsextremen Müll überladenen Reden keine eigenen Akzente gesetzt. Die DVU hat keine Basis, keine Kreisverbände und keinen funktionierenden Landesverband.

Rotdorn-Radio: Vor einer Woche ist das Bombodrom gescheitert. Wer waren die maßgeblichen Akteure dafür?

Norbert Müller: Das waren die Menschen vor Ort, die Bürgerinitiativen Freie Heide und Freier Himmel, die lokalen Kleinunternehmer, die Kommunen und zu einem sehr späten Zeitpunkt auch die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin. Hauptsächlich waren es aber die Menschen vor Ort, die seit fast zwei Jahrzehnten dagegen gekämpft haben.

Weitere Informationen erhaltet ihr unter: <http://www.norbert-mueller.net/>

Das Gespräch ist vollständig im Radioarchiv auf www.rotdorn.org zu hören.



Termine im Potsdamer Wahlquartier der Linken

Das Wahlquartier der Linken ist im Potsdamer Hauptbahnhof. Die Veranstaltungen beginnen immer um 19 Uhr.

01.09. 2009 Antimilitaristischer Abend; zu Gast u.a.: Norman Paech

18.09.2009 Filmvorführung: Neue Wut II – Kick it like Frankreich
Warum haben wir in Deutschland keine französischen Verhältnisse? Was treibt die Studenten zu immer heftigeren Protesten? Was hat der Kampf gegen Studiengebühren mit dem Widerstand gegen Hartz IV zu tun? Mit diesen Fragen befasst sich der Dokumentarfilm.

22.09. 2009 Lesung mit Matthias Frings: Der letzte Kommunist

25.09.2009 Filmvorführung: Die fetten Jahre sind vorbei!
Als »Erziehungsberechtigte« bezeichnen sich die Berliner Studenten Peter und Jan. Sie brechen in Villen der Berliner Oberschicht ein, verrücken Möbel und hinterlassen Nachrichten wie »Die fetten Jahre sind vorbei« oder »Sie haben zuviel Geld«.

Anzeige



die **rot**dornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation Links-jugend [solid] Berlin und Brandenburg.

Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wol-

len wir einen in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 18 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

Kein Redaktionsmitglied bekommt einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die globalisierungskritische Organisation »attac« bis zu Linksregierungen in Lateinamerika und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

Die parlamentarische Vertretung der Linken, die Bundestagsfraktion »DIE LINKE«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen, alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

Die Rotdornredaktion

Anzeige



ABRUSTUNG UND KUSTUNGSDEGRENZUNG AIGNANISTAN AKP
 arpolitik Agro-Gentechnik Antidiskriminierung unc
 päisches Arbeitsrecht Arbeitszeitrichtlinie Armut unc
 VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE tik
 PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT os

erlagerungen in der EU **Frieden.** europäische Betriebsräte Biomedizir
 Bioethik Bürokratie in Europa Daseinsvorsorge Datenschutz Demokratie
 Dienstleistungsrichtlinie Energiepolitik Entsenderichtlinie Entwicklungs-
 politik Euratom **Demokratie.** Eurojust Europäische Zentralbank Europo
 Euroregionen Familienpolitik Flexicurity Finanzkrise Finanzmärkte For
Gemeinsam für ein anderes Europa! Frauenpoliti **DIE LINKE.** d
 echarta Gesundheit **Solidarität.** grenzüberschre **DIE LINKE.** s
 IM EUROPAPARLAMENT
 lienste Gewalt gegen Frauen europäische Gewerkschaften Global Europe

270 000 für eine emanzipatorische Bildung

- Chance für einen gesellschaftspolitischen Konflikt?

Die dezentrale demokratische Bildungsbewegung mit einer gesellschaftlichen Zuspitzung hat die Bildungsfrage auf die innenpolitische Tagesordnung gesetzt. Die Initiatorinnen und Initiatoren waren selbst von der spät einsetzenden Dynamik überrascht und die Politik reagierte bisher wenig souverän.

270 000 Protestierende auf den Straßen, das ist die größte unabhängige Bildungsbewegung seit Jahrzehnten. Sie war demokratisch angelegt und durch eine zarte Klammer für die öffentlichen Botschaften zusammengehalten. Es war ein Streik der vielen tausend Gesichter, nicht der neuen Rudi Dutschkes. Die Presse hatte zurecht Schwierigkeiten, Sprecher/Koordinatoren für den Mediengebrauch auszumachen. Basisdemokratie war ein flächendeckendes Konzept, das bewusst auf die Großdemo verzichtete. Die gute Balance von gängigen Protestformen (Demos, Versammlungen, Debatten) und Aktionen des zivilen Ungehorsams (Banküberfälle, Instituts- und Rektoratsbesetzungen, Straßenblockaden, Belagerungen) hat den streikenden Studierenden und Schülern eine ganz überwiegende Sympathie der Öffentlichkeit und der Medien eingetragen. Wenn jeder zweite Mensch von den katastrophalen Zuständen an den Schulen und Hochschulen - die Kitas nicht zu vergessen - gehört hat, dann hat der Bildungsstreik den weit verbreiteten Unmut zum Kochen gebracht. Der erste Erfolg wäre nicht ohne ein breites Bündnis möglich geworden. DGB, GEW, ver.di, Rektoren und Präsidenten, Hochschullehrer, akademischer Mittelbau und Lehrer unterstützen den Streik oder lassen eine kritische Sympathie erkennen. Der Unmut darüber, dass Bildung am Katzentisch der Finanz- und Wirtschaftskrise abserviert worden ist, ist überall erkennbar.

Die einzige Gruppe, die sich bisher fast bedeckt hält, ist die der Politiker. Neben Respektsbekundungen (Bündnis90/Die Grünen, Die Linke) verhält sich die SPD in den oberen Etagen nicht zum Bildungsstreik außer mit sehr lapidaren Äußerungen. Steinmeier nichts, Nahles nichts, Wowereit nichts - oder etwas, das zitierenswert sein könnte. Kein Bildungspolitiker der SPD hat z. B. die



Kompetenz und Überzeugungsfähigkeit eines Peter Glotz. Nur der Bildungsminister von Berlin, Jürgen Zöllner, wagte eine direkte Diskussion mit den Bildungsstreikenden. Dass die CDU den Bildungsstreik gar als linke, instrumentalisierte Wahlkampagne denunziert, zeigt jenseits des lächerlichen „Bildungsgipfels“ einmal mehr, dass die Kanzlerin und ihre CDU/CSU wenig von den Nöten in Schulen und Hochschulen verstanden haben. Auch die herablassende Art der Bundesbildungsministerin, Annette Schavan, den Bildungsstreik zum Teil als „gestrig“ zu bezeichnen, weist darauf hin, dass diese Ministerin eher in den Forschungs- und Eliteküchen zu Hause ist, als bei den konkreten Problemen von Schülern und Studierenden. Die FDP war einstmals auch eine Bildungspartei. Die wenigen Äußerungen der FDP sind eben jetzt westerwellig und unterschreiten um Klassen das Niveau eines Ralf Dahrendorf (der den Streik für eine demokratische Massenbildung vermutlich gutgeheißen hätte). Aber immerhin: Bildungsministerin Schavan will schon seit längerer Zeit an einem dogmatisch auf sechs Semester zentrierten Bachelor nicht mehr festhalten. Das erlauben sogar die sehr weichen Bologna-Richtlinien.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) reagierte zunächst kopflos auf den Bildungsstreik. Ein Diskussionsgesuch der Studierenden und Schüler anlässlich ih-

rer Konferenz in Berlin lehnte sie brüsk ab. Als der öffentliche Druck größer wurde, bot sie ein knappes Gespräch im Ensemble von vier Kultusministern an. Das Gespräch war offenkundig sachlich, sehr kurz und man verständigte sich auf eine zu vereinbarende Kommunikation.

Der Bachelor ist tot

Insgesamt fällt bei der Reaktion der Politik auf, wie schwach die Verteidigung der bisherigen Bildungspolitik ist. Kein Politiker von Rang, kein Rektor, kein Professor hat den McDonalds-Bachelor nach sechs Semestern wirklich noch verteidigt. Die glühendsten Verfechter von MA/BA sind ganz leise geworden - weil sie sehen, was da angerichtet worden ist. Kurz: Der Bachelor in seiner bisherigen Form ist Vergangenheit. Kaum ein Professor wird es wagen, noch die Hand für einen sechssemestrigen Bachelor zu heben, wenn eine Prüfungsordnung verabschiedet oder revidiert wird. Die Hochschulen stehen nach dem Bildungsstreik vor einer Revision, die im Rahmen des Bologna-Prozesses erlaubt und angemessen ist.

Was aber folgt aus dem Bildungsstreik? Nach diesem ersten Erfolg werden die Schüler und Studierenden sich in den nächsten Wochen vermutlich auf eine machtvolle Fortsetzung im Spätherbst verständigen. Die Studierenden und

Schüler haben vorsichtig ein öffentlich auszuhandelndes „Notprogramm für Schulen und Hochschulen“ mit den Kultusministern ins Spiel gebracht. Aber subito! Auch der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne halten das für einen respektablen Streikabschluss. 28 Milliarden Euro in den letzten sechs Monaten für Bildung investieren, aber nichts für Schüler und Studierende tun, das geht jetzt nicht mehr. Es bleibt spannend: Am 7. Juli trafen sich in Berlin im Hause Schavan die Bildungstreikenden, Wissenschaftsorganisationen, Hochschulrektoren u. a. Das Gespräch mit Schavan war insofern erfolgreich als Schavan den 6semestrigen Bachelor fast freiwillig räumte und zur Überraschung der Anwesenden das Zugangsrecht zum Master für jeden Mann und jede Frau versprach. Der Erfolg ist aber ohne die eigentlichen Bildungspolitiker gemacht: Schavan hat praktisch kaum Kompetenzen und das Sagen haben die Kultus- und Finanzminister der Länder.

Die Kultusminister werden sich angstständig hinter ihren Finanzministern verstecken - oder gibt es doch noch welche mit Courage anlässlich des eindrucksvollen öffentlichen Drucks? Es wird darauf ankommen, nicht zuzulassen, dass sich die Politik erneut aus dem Staub macht. Der gesellschaftspolitische Konflikt um Bildung hat eine Chance - jetzt?

Peter Grottian



Peter Grottian während seiner Rede anlässlich der Aktion Banküberfall

Peter Grottian im Rotdorn-Radio: Rotdorn-Radio vom 4. Juni 2007 »Das G8-Treffen und die Proteste für eine andere Welt«

Der Ruf

Wenn alles um Dich herum in Scherben zerfällt,
weil nichts mehr deine Illusionen erhält.
Du möchtest nur noch schreiben, weil jedes Wort zählt,
doch wer hat je behauptet, Du seist auserwählt?

In deinem Erbrochenen badet morgen sich ein Held,
der nicht sich rettet, sondern die restliche Welt.
Damit bleibt er allein und seine Tat bleibt ungedankt.
Eine Gesellschaft lebt weiter, die an sich selbst erkrankt.

Er hat den Rhythmus und Du das letzte Wort.
Wenn einer von euch stirbt, war es sicher Mord.
Heute noch fühlst Du dich einsam und verloren,
doch wirst Du morgen unter Schmerzen neugeboren.

Die Flamme, die auf ewig lodernd in Dir brennt,
heißt Sehnsucht, damit dein Name Dich erkennt.
Das gleißende Licht der Nacht, das Du verstrahlst,
heißt Hoffnung, doch war es Dir fremd, als Du es stahlst.

Halt den Atem an, um die Lösung zu verstehen,
doch wenn Du gehst, wirst Du nicht allein gehen.
Jeder Freudenruf, der deiner Kehle entfährt,
ist ein Wegführer zu dem, der Dir die Welt erklärt.

Blick immer in die Sonne und wende Dich nicht ab.
Der Weg nach oben ist begrenzt und führt stets hinab.
Das Telegramm, das Dir einst die Liebe schrieb,
war das einzige Zeichen, das Dir von ihr blieb.

Schreie jeden Vokal in die leere Nacht.
Wenn du jemals schweigst, wirst du umgebracht.
Zu viele Hinweise, die Du nie beachtest,
zu viele Ratschläge, die Du nie bedachtest.

Du hoffst, von Dir wird mehr als Asche bleiben.
Deswegen zwingst Du Dich, diese Worte aufzuschreiben.
Eine letzte Spur von Dir, auch wenn Du nicht mehr bist,
damit es einen gibt, der Dich auch dann vermisst.

Stephan



Ziviler Ungehorsam: Aktion Banküberfall im Rahmen der Bildungsstreiks

Die Umweltdebatte vom Kopf auf die Füße stellen

Klimawandel – Ausdruck globaler Ungerechtigkeit

Der Streit um die Überwindung der Finanzkrise, der Wirtschaftskrise, diese Diskussionsfelder verdrängen das Nachdenken über eine drohende Klimakatastrophe. Lösungsversuche, die Krisen zu bewältigen, führen eher noch zu einem schnelleren Klimawandel, sind kontraproduktiv wie beispielsweise die Abwrackprämie zur Profitankurbelung in der Autoindustrie.

Schon zu Zeiten des G-8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, als die Kanzlerin sich als „Bewahrerin der Schöpfung“ präsentierte und im Mainstream-Journalis-

Staats- oder Regierungschefs ist notwendig, um diesen Moment zu nutzen, um die Menschen und den Planeten vor einer der ernstesten Herausforderungen zu schützen, mit der die Menschheit jemals konfrontiert wurde“, so der UN-Generalsekretär.

Der Einsicht vieler Experten jedoch, dass die Menschen in den Ländern des Südens aufgrund ihres vergleichsweise geringen Ausstoßes an Treibhausgasen kaum eine Verantwortung für die stets wachsende Erderwärmung tragen, folgen bislang keine nachhaltigen Entschei-

Die globale Ungleichheit

Wenn man akzeptiert, dass jedem Menschen von Natur her ein gleicher Anteil am globalen Reichtum – Luft, Wasser, Nahrung, Bodenschätze - zusteht, so verbrauchen die reichen Nationen weit mehr als ihnen gerechterweise anteilmäßig zukommt. Statistiken der Vereinten Nationen weisen folgendes aus: Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung, das in den Industrieländern lebt, steht für 86% des gesamten Konsums, es verbraucht 58% der Energie und ist für 53% aller gegenwärtigen und historisch für 80% aller Kohlenstoffemissionen verantwortlich.

Die Produktions- und Konsumpraxis der nördlichen Industriestaaten mit ihren nachweislich verheerenden ökologischen Auswirkungen haben dazu geführt, dass sich der durchschnittliche „ökologische Fußabdruck“ (die Fläche, mit der Menschen zur Bestreitung ihres Lebensstils ihre Umwelt beanspruchen) in den Ländern des Nordens auf 6,4 Hektar pro Person beläuft (in den USA allein doppelt so viel: 12,8 ha/Person), in den Ländern des Südens beträgt dieser ökologische Fußabdruck hingegen nur 0,8 ha/Person. Im statistischen weltweiten Mittel beansprucht der ökologische Fußabdruck derzeit 2,2 ha/Person, und dies bei einer maximalen Belastbarkeit der Bio-Kapazität unserer Erde von 1,8 ha/Person. Wir leben also weit über unsere Verhältnisse. Wirtschaftliches Wachstum in den Industriestaaten und westlicher Wohlstand erscheinen auf einem solchen Hintergrund in einem ganz anderen Licht. Und doch tun wir so, als könnten künftige Generationen noch einen „Reserve-Globus“ aus der Tasche zaubern.

Das Konzept der „ökologischen Schuld(en)“

Die oben genannten Fakten werden bislang in der Klimadiskussion der Regierenden und der Medien der Industriestaaten weitgehend unterschlagen. Das Konzept der „ökologischen Schuld(en)“ stellt diesem blinden Flecken in der Klimadebatte ein umfassendes Verständnis von ökologischer Gerechtigkeit entgegen, das die Frage nach der Verantwortung für die Plünderung unseres



Smog in Santiago de Chile - Immer mehr der rasant wachsenden Metropolen gerade der Schwellenländer versinken buchstäblich im Dreck

mus als Umweltexpertin gefeiert wurde, kam den Repräsentanten der reichsten Industriestaaten nicht in den Blick, dass der immer rascher voranschreitende Klimawandel vor allem auch ein Ausdruck globaler Ungerechtigkeit ist.

Auch die Berlusconi-Inszenierung des G-8-Gipfels mitten in den Trümmern eines verheerenden Erdbebens im mittellitalienischen L'Aquila zeigt klimapolitisch außer Absichtserklärungen kein Umdenken. Trotz des Versprechens nur eine Erderwärmung von zwei Grad zuzulassen, stehen industrielles Wachstum und Profit weiter im Vordergrund. „Die Zeit für Verzögerungen oder halbe Sachen ist vorbei“, kritisierte sogar UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die in L'Aquila getroffenen Beschlüsse zur Eindämmung des Klimawandels. „Die persönliche Führerschaft eines jeden

dungen der G8-Staaten, die ein klimapolitisches Umsteuern anzeigen würden. Sie zeigen lieber auf den wachsenden Schadstoffausstoß der sogenannten Schwellenländer, die nur deren zerstörerische kapitalistische Wachstumsideologie nachahmen, und wollen sich so die unliebsame Konkurrenz vom Halse halten.

Dabei sind es doch die Menschen der armen Länder, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben. Wie uns beispielsweise vermehrte Dürrekatastrophen, wachsender Wassermangel, Ausbreitung von Wüsten, Anstieg des Meeresspiegels oder Überschwemmungen jährlich anzeigen. Hinzu kommt noch, dass den ärmsten Ländern kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen, um Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu ergreifen.

Planeten einschließlich einer entsprechenden Wiedergutmachung seitens der maßgeblichen Verursacher in den Vordergrund rückt. So ist die sogenannte Entwicklungshilfe kein großzügig gewährtes Almosen der Industriestaaten an die armen Länder, denen man als Bedingung für die „Hilfe“ noch politisches Wohlverhalten abverlangt, sondern ein Akt des Schuldenabtragens in Form von „Reparationen“ für die Jahrhunderte lange Ausplünderung und Umweltzerstörung.

Das hierzulande noch nahezu unbekannt Konzept der „ökologischen Schuld(en)“ wurde von lateinamerikanischen Wissenschaftlern und Vertretern von NGOs nach langen Diskussionen in den 90er Jahren entwickelt. Der Begriff versucht, die aufgehäuften Schulden der Länder des Nordens – ihrer Institutionen und Unternehmen – durch ihre Jahrhunderte lange und bis heute andauernde

Plünderung der Ressourcen der armen Länder, ihre Umweltzerstörung auf der südlichen Halbkugel und ihre unverhältnismäßige Nutzung von Luft, Wasser und Böden in einem Konzept zusammenzufassen. Es bildet damit ein Gegengewicht zum gängigen Verständnis von „Schulden“. Dieses ist allein auf die Finanzbeziehungen zwischen Nord und Süd beschränkt und meint dabei die Geldschulden des Südens gegenüber dem Norden. Indem das Konzept diese Perspektive um die Umweltschäden erweitert, definiert es neu, wer die eigentlichen Gläubiger und Schuldner sind: Denn weil die ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Süden als weitaus größer zu erachten sind als die finanziellen Auslandsschulden des Südens gegenüber dem Norden, ist der Norden beim Süden verschuldet, und nicht umgekehrt.

Das Konzept der ökologischen Schuld(en)

ist gerade dazu prädestiniert, die verquere Diskussion um die Verschuldung armer Länder und die globale Erwärmung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Die Anerkennung der ökologischen Schuld des Nordens und eine entsprechende Wiedergutmachung (Schuldenerstreichung und „Reparationen“) könnten erste Schritte auf dem Weg zu mehr globaler ökologischer Gerechtigkeit sein. Jedoch dürfen wir neben der Anerkennung der Schulden gegenüber den armen Ländern und der notwendigen Wiedergutmachung die letztlich entscheidende Ursache für die ökologischen Schulden der Industriestaaten – nämlich den zerstörerischen Charakter ihres kapitalistischen Wirtschaftens – in der gegenwärtigen Umweltdebatte nicht vergessen.

Klaus Körner

Anzeige



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Abgeordnetenbüro Sachsen
Braustr. 15, 04107 Leipzig

Abgeordnetenbüro Bremen
Doventorstraße 2, 28195 Bremen

mail: axel.troost@bundestag.de

www.axel-troost.de

Dr. Axel Troost, 55 Jahre, verheiratet, zwei erwachsene Kinder

+++ Zur Person +++

+++ seit 1981: der promovierte Volkswirt ist erst ehrenamtlicher, später Geschäftsführer der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandumgruppe) in Teilzeit +++ seit 1984 geschäftsführender Gesellschafter der PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH, Bremen/Teltow +++ von 1990 bis 2001 Geschäftsführer der „Büro für Strukturforschung Rostock gGmbH“ (BÜSTRO) +++ Gründungsmitglied der „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“ und seit Juni 2007 Mitglied des Parteivorstandes der Partei +++ langjähriges Mitglied bei IG Metall, jetzt ver.di, ATTAC, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V. +++ seit 2005 als Bremer über die Landesliste Sachsen im Bundestag und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion +++ Abgeordnetenbüros in Bremen und Leipzig +++ bei der kommenden Bundestagswahl Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig-Land und auf Platz 2 der Landesliste Sachsen

Schwerpunkte: Wirtschafts-, Finanz- und Steuer- sowie Arbeitsmarktpolitik

Als Direktkandidat für den Wahlkreis Landkreis Leipzig bin ich in Borna in engem Kontakt mit der ersten Oberbürgermeisterin der LINKEN. Dort versuche ich zu helfen, um vor Ort geeignete Instrumente für mehr Beschäftigung zu entwickeln. Darüber hinaus bin ich als finanz- und wirtschaftspolitischer Experte natürlich überall in Sachsen und im Bund aktiv. Die LINKE steht nicht nur an der Seite der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, SchülerInnen, StudentInnen und RentnerInnen, sondern setzt sich auch für Lösungen der Probleme des Mittelstandes und des Handwerks ein. Wichtig ist mir, dass wir nicht nur die gegenwärtige Politik kritisieren. Wir präsentieren realisierbare Alternativen mit unserem Schutzschirm für die Menschen, mit einem Konzept zur Überwindung von Hartz IV, für mehr Steuergerechtigkeit und einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Finanzmarktkrise.

»Wenn alle Menschen alles hätten, wäre diese Welt ein besserer Ort«

Interview mit der Punkband Stakeout

Die Berliner Band Stakeout gründete sich 2002 und ist seitdem sowohl durch ihr politisches als auch künstlerisches Engagement auffällig. Durch die Veröffentlichung ihres Albums „Meet the cut the“ im vergangenen Jahr wurden sie endgültig über die Berliner Grenzen hinaus bekannt. Im Rahmen unserer Radiosendung „Rotdorn Radio“ sprachen wir mit allen 4 Bandmitgliedern.

Rotdorn-Radio: Wie würdet ihr euer Bandprojekt beschreiben?

Thomas: In erster Linie ist Stakeout gegründet worden, um Menschen zum Lachen zu machen, Bein stellen und hingeben anzuregen. Außerdem wollten wir die Welt zu einem besseren Ort machen. Dann sind wir zusammengekommen und haben festgestellt, dass wir das am besten machen können, wenn wir das gesamte Musikspektrum bedienen können von Fun-Punk-Pop über Alternative-Rock bis zu gelegentlichen Offbeat-Ausflügen hin zu kleinen Metaleinlagen.

Rotdorn-Radio: Ihr nehmt euch ja nicht zu ernst. Eure Homepage heißt zum Beispiel www.stakout-sucks.de. Worin liegen die Vorteile solcher Sichtweise auf sich selbst?

Hänka: Der Vorteil liegt darin, dass es sich um die Wahrheit handelt. Das ist ein Zugang, den jeder von sich kennt, dass man manche Sachen mit Abstand betrachtet und in einem ganz anderem Licht sieht und da gehört so etwas eben dazu.

Thomas: Wir nehmen unsere Musik aber durchaus schon ernst und wenn wir Platten aufnehmen, wollen wir das auch gut machen.

Rotdorn-Radio: Ihr habt eine Vielzahl von politischen Texten. Was sind die Gründe dafür?

Thomas: Das ist uns schon ein wichtiges Anliegen. Das Politische umgibt uns nach wie vor. Es gibt einfach zu viele Missstände, auch in dieser Gesellschaft,

die man auch ansprechen muss. Deshalb werden wir auch nicht müde, das immer wieder in Songs zu packen. Bei den politischen Stücken ist häufig ein ernsterer, düsterer Unterton und das wird auch immer ein wichtiger Bestandteil von Stakeout bleiben.

Rotdorn-Radio: Habt ihr euch schon an politischen Aktionen beteiligt oder seid ihr auch in politischen Gruppen aktiv?

Thomas: Wir haben uns schon an einer Vielzahl von politischen Aktionen beteiligt, wir waren auch bei Demonstrationen dabei. Früher war es uns auch eine Freude, NPD-Plakate von den Laternen zu schlagen, was nicht selten in wüsten Verfolgungsjagden geendet ist.

Hänka: Ansonsten ist es auch so, dass





wir als Band häufig für Soli-Konzerte, Sampler und so angefragt werden. Das reicht von einem kleinen Antifa-Gig hier in Berlin bis zum Konzert beim G8-Camp.

Rotdorn-Radio: Eure aktuelle Tour und eine Single von eurem Album „Meet the cut the“ heißt Ponys für alle. Wofür steht dieses Bild?

Thomas: Ponys für alle ist unser Lösungsvorschlag für eine bessere Welt. Dieser Song wurde nur für diesen Zweck geschrieben, denn wenn alle Menschen alles hätten, dann wäre diese Welt definitiv ein besserer Ort. Ponys ist in diesem Fall nur eine Metapher für alle weltlichen Güter dieses Planeten.

Rotdorn-Radio: Euer Song „Die Entführung des guten Geschmacks“ thematisiert, dass der Mainstream immer dümmlicher wird. Glaubt ihr, dass sich dieser Prozess der zunehmenden Verdummung fortsetzen wird?

Thomas: Es wird ein immer kleinerer gemeinsamer Nenner, auf den sich die Masse bezieht. Aber ich sehe auch, dass das Internet solche Foren wie Wikipedia oder Indypedia schafft, in denen eine große Masse an Menschen wirklich Großartiges schafft, bei denen Menschen Content liefern können und eine Vielzahl daran partizipieren kann. Ich sehe da ein Licht am Ende des Tunnels.

Mehr: www.stakeout-sucks.de

Das Gespräch ist vollständig im Radioarchiv auf www.rotdorn.org zu hören.

Verlosungsaktion

**Wir verlosen unter
3 Gewinnern
2 T-Shirts von Stakeout
(die Größe könnt ihr Euch aus-
suchen) und
einmal das aktuelle Album
»Meet the cut the«**

**schreibt an rotdorn@gmx.de
mit dem Betreff
»Verlosungsaktion«**

KURZMELDUNG

Stoppt die GEMA

Auf Grund der sinkenden Verkaufszahlen von Alben und Singles hat die Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) eine gestaffelte Erhöhung der Konzertbeteiligung für die GEMA von derzeit 1,5 bis 3,6 % auf 10 % geplant. Dies würde bedeuten, dass Konzertveranstalter ihre Preise erhöhen müssten und viele Jugendklubs gar keine Veranstaltungen mehr realisieren könnten.

Gegen diese Erhöhung um bis zu 600% wehren sich der Bundesverband der Verwaltungswirtschaft (idkv) und der Verband der deutschen Konzertdirektionen, die gemeinsam ein Schiedsstellenverfahren beim Marken- und Patentamt einreichen. Dieser Schritt war notwendig geworden, da die GEMA eine Verhandlung über eine moderatere Preiserhöhung ablehnte. Sollte dieses Verfahren scheitern, würden diese Verbände den Weg über die ordentlichen Gerichte wählen, so dass dieses Verfahren sich noch einige Jahre hinstrecken könnte, meint Jens Michow, der Präsident des idkv. Außerdem erhielt die Internet-Petition des Deutschen Bundestages zur Prüfung der Rechtmäßigkeit dieses Vorhabens der GEMA über 110.000 Unterschriften. 50.000 Unterschriften sind notwendig für die Prüfung, so dass das Vorhaben der GEMA nun auf zwei Ebenen geprüft wird.

Anzeige

Linke wählen!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

**Kein Frieden
mit der NATO
Kriegspolitik**

www.inge-hoeger.de

Beitrag von der Antifaschistischen Linken Berlin

No Pasarán* auch 2010

Antifaschistische Mobilisierung gegen europäischen Großaufmarsch in Dresden muss Aufgabe aller Linken werden.

Erschreckend war es, als am 14. Februar 2009 bis zu 7.000 Neonazis nahezu ungestört durch Dresden marschierten. Alte und neue Nazis erinnerten in geschichtsrevisionsistischer Weise an einen „Alliierten Bombenholocaust“ und deutsche Opfer der Luftangriffe auf die Elbestadt im Februar 1945. Gravierender kann die deutsche Geschichte von Vernichtungskrieg, Brandschatzung und Holocaust nicht verdreht werden.

Niemand konnte die Neonazis in Dresden aufhalten. Weder das bürgerliche Bündnis GehDenken, noch eine Antifa-Demonstration unter dem Motto „No Pasarán“. Zu letzterer hatten sich fast 5.000 vor allem junge Antifaschisten aus dem autonomen Spektrum mit dem Ziel versammelt, die Nazis nicht durchkommen zu lassen: No Pasarán! Begleitet vom größten Polizeiaufgebot, das Dresden je gesehen hat, kamen sie jedoch nicht einmal in Hörweite der Nazis. Mehr noch, die Antifas wurden abgedrängt und mit Schlagstöcken und Wasserwerfern traktiert.

An einem GehDenken-Sternmarsch beteiligten sich ebenso mehrere tausend Personen, darunter viele Gewerkschafter aus dem gesamten Bundesgebiet. Doch leider versammelten sie sich fernab des Geschehens. Das Jahr 2009 ist in Sachen das Superwahljahr schlechthin: der Europa- und Kommunalwahl im Frühjahr folgen Landtags- und Bundestagswahl im Spätsommer. Daher war in diesem Jahr die Rednerliste in Dresden mit führenden Köpfen von Grünen, SPD und der LINKEN gespickt. Einhellig wurde erklärt, man wolle aktiv werden gegen Rechts. Es blieb bei Willensbekundungen und sobald die Kameras wieder abgebaut waren, fuhr auch schon die Limousine vor und die Parteioberen waren weg.

Wie gefährlich und gewalttätig die Neonazis agieren bekam eine Gruppe Gewerkschafter bei ihrer Rückfahrt zu spüren, als sie auf einer Raststätte in Thüringen von Neonazis attackiert wurden. Ein Mann wurde schwer verletzt. Ein weiterer Überfall soll sich in einem Regionalzug ereignet haben.

Warum gelingt es rund 12.000 Antifa-



schisten nicht, einen rechten Aufmarsch zu stoppen? Eindrucksvolle Mobilisierungen wie etwa in Köln im September 2008 verdeutlichen den möglichen Erfolg solcher Proteste. Metallarbeiter, Studierende und Anwohner blockierten gemeinsam mit jungen Antifaschisten einen rassistischen »Anti-Islam-Kongress«. Die engen Gassen der Kölner Innenstadt wurden kurzerhand durch ein Dutzend legaler und illegaler Ansammlungen sowie durch Sitz- und Stehblockaden dicht gemacht.

Warum also nicht auch in Dresden? Es scheint an zwei Faktoren zu liegen. Zunächst fehlt es an einer politischen Stimmung, welche Administration, Polizei und Justiz dazu drängt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den Aufmarsch zu unterbinden. Darüber hinaus bedarf es der Einigkeit der Akteure auf der Straße mit dem gemeinsamen Willen, den rechten Spuk tatsächlich zu verhindern und sich dabei gegebenenfalls auch auf Aktionen des zivilen Ungehorsams einzulassen. Da beides am 14. Februar in Dresden nicht der Fall ist, konnten die Nazis von NPD und so genannten „freien“ Kameradschaften ungestört durch die Elbestadt ziehen.

Um den ersten Faktor steht es in Dresden schlecht. Die CDU-geführte Stadtverwaltung sowie die sächsische Landesregierung steht offenbar zu weit rechts. Sie hat nicht einmal auf juristischem Wege

intervenierte, um den Aufmarsch zu verbieten. Bleibt also nur die Einigkeit auf der Straße. GehDenken muss etwas mehr wagen als Symbolpolitik, dazu ist der Aufmarsch zu gefährlich und für die Neonaziszene zu bedeutsam – es ist immerhin einer der größten Aufmärsche in ganz Europa mit internationaler Beteiligung. Das Antifa-Bündnis No Pasarán muss ihrerseits für eine Aktionseinheit mit bürgerlichen Kräften bereit sein. Ein Aufzug mit mehreren tausend gewaltbereiten Neonazis kann nur gemeinsam und entschlossen gestoppt werden.

Daher rufen wir alle dazu auf, im Februar 2010 nach Dresden zu fahren und sich an Blockaden gegen den Nazi-Aufmarsch zu beteiligen.

Mehr Infos: www.antifa.de

*Sie kommen nicht durch!



Kürzungen im Jugendbereich

Die ungewisse Zukunft der Jugendeinrichtungen im Groß-Bezirk Pankow

Pankow ist mit 32 Millionen Euro verschuldet und befindet sich seit 2009 unter der Zwangsverwaltung des Berliner Senats. Zukünftig sollen 5,7 Millionen Euro jährlich eingespart werden. Durch diese geforderten Sparmaßnahmen sind 47 Jugend- und Kindereinrichtungen sowie 17 Projekte für Migrations-, Senioren- und Mädchenarbeit in ihrem Bestand gefährdet.

Die Schuldenfalle

Der Großbezirk Pankow ist mit 32 Millionen Euro verschuldet, hauptsächlich da der Bezirk im Zeitraum zwischen 2000 und 2003 Mehrausgaben für Sozialhilfe aufbringen musste. Diese sollten vom Berliner Senat übernommen werden, der diese jedoch nicht wie versichert zurück erstattete. Um diesen Schuldenberg abzubauen, sollte der Großbezirk künftig ein Plus von 5,7 Millionen Euro jährlich erwirtschaften. Da diese Richtlinie nicht erfüllt werden konnte, befindet sich Pankow seit diesem Jahr als einziger Bezirk unter der Zwangsverwaltung des Berliner Senats. Das bedeutet für Pankow, dass zukünftig nur noch die notwendigsten Ausgaben möglich sind, gesetzliche und juristische Verpflichtung erfüllbar sind und eine funktionierende Verwaltung gewährleistet werden kann. Um die geforderten Einsparungen zu ermöglichen, sollen 47 Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie 17 Stellen für Migrations-, Senioren und Mädchenarbeit gestrichen werden.



Diese Schließungen sollten bereits 2009 erfolgen, doch konnte dies durch die Bildung des Pankower Aktionsbündnisses für Kinder und Jugendliche (PAKJ) im November 2008 verhindert werden.

Die Gegenbewegung

Das PAKJ setzt sich aus Vertretern der 47 bedrohten Jugendeinrichtungen sowie engagierten Bürgern Pankows zusammen, die als gemeinsames Ziel den Fortbestand der Jugendeinrichtungen fordern, da diese täglich von 3000 Jugendlichen genutzt werden. Am 10. Dezember 2008 demonstrierten sie vor der BVV in der Fröbelstraße für den Erhalt dieser Projekte, wodurch der Fortbestand für 2009 beschlossen wurde. Außerdem organisierten sie am 29. Mai 2009 ein HipHop-Konzert unter dem Motto „Wir lassen uns nicht abziehen“ mit der Gruppierung Wir bleiben Alle (WBA), bei dem unter anderem Schlagzeiln und Pillskills auftraten. Über 500 Besucher kamen zu diesem Ereignis, bei dem auch Redebeiträge zur zuneh-

menden Gettoisierung Pankows gehalten wurden. Weiterhin organisierten sie für den 19. Juni die Kiezparade im Mauerpark, um auf die weiterhin ungewisse Situation der Jugendeinrichtungen zu verweisen, denn der Fortbestand für 2010 und 2011 ist bisher noch immer ungewiss.

Die zukünftige Situation im Großbezirk Pankow

Die Mitglieder des Aktionsbündnisses bleiben wegen der ungewissen Lage der Einrichtungen in den kommenden Jahren aktiv und weisen weiterhin auf die Unsinnigkeit dieser Einsparungen hin, da zum Beispiel nur 2,6 Millionen Euro jährlich eingespart werden könnten durch diese Kürzungen. Statt Kürzungen fordern sie den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Einrichtungen, um die Jugendkultur im Großbezirk lebendig zu erhalten. Hierfür ist auch ein Open Space für den 19. September von 12 bis 19 Uhr im SJZ Lychi (Lychener Straße 75) zum Thema Kinder und Jugend in Pankow geplant, bei dem auch ihr euch einbringen könnt.

Stephan

Weitere Informationen erhaltet ihr unter: <http://www.pankow-in-aktion.de>



Kiezparade am 19. Juli 2009



Unterschriftenübergabe im Kommunalparlament BVV-Pankow am 10. Dezember 2008

tungen haben die lateinamerikanischen Künstler/innen mit ihrem Können zum Ausdruck gebracht, was ihre Landsleute zu Hause beschäftigt. Es wurde diskutiert, gemalt, unterrichtet und gefeiert.

Mit einer Ausstellung über die Arbeit des Interbrigadas e.V., einem Rock-Konzert im Berliner Pfefferberg und einer HipHop-Session im Stadthaus Böcklerpark im Mai wurde der Aufstand gestartet. Von nun an verbrachten die Künstler/innen jeden Tag auf einem anderen Event.

Auf kulturellen Groß-Ereignissen wie dem „Karneval der Kulturen“, der „Fete de la musique“ oder dem VOSIFA-Open Air bemalten sie Stellwände und kamen mit dem vorbei strömenden Publikum ins Gespräch. Auch auf politischen Kundgebungen zum Bildungstreik oder zur Situation der Pankower Jugendeinrich-

tungen waren sie zugegen und unterstützen die Anliegen der Protestierenden.

Besonderen Wert legen die Jugendlichen aber auch auf Workshop- und Infoveranstaltungen, bei denen intensiver interkultureller Austausch erlebbar gemacht wird. Für Interbrigadas ist die Grundlage dafür der Respekt. „Wir wollen damit zeigen, dass einfach unglaublich viel möglich ist, wenn man will!“, sagt Boris weiter.

Auf einer Ferienbetreuung des Berliner Lebenshilfe e.V. haben die Künstler gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen einen Graffiti-Kurs veranstaltet, bei dem jede Form von Äußerlichkeit vor einem zutiefst menschlichen Miteinander zurück trat. Ähnliche Veranstaltungen gab es mit Suchtpatienten der Gewebo-Einrichtung Schöneweide, deren Hinterhof zu einem malerischen

Dschungel-Flair neugestaltet wurde und mit dem Gewebo Frauenhaus „Frauen Bedacht“ im Wedding. Auch mit den Kindern der Klecks-Grundschule in Pankow wurde bei einem zweimaligen Wandbild-Kurs im naheliegenden Kiezklub Pankow ein Bauwagen gestaltet.

So gesehen hat der farbenfrohe Aufstand mit bisher rund 200 Workshop-Teilnehmer/innen eine bemerkenswerte Dimension erreicht. Für Interbrigadas ist gerade das das Ziel: Eine Öffentlichkeit für die Realität anderer Länder zu schaffen. Boris erklärt abschließend: „Wir haben vor, sowohl in den Köpfen der Menschen als auch auf den Wänden, an denen sie jeden Tag vorbei laufen, die Erinnerung festzuhalten, dass das Leben in der Welt nicht überall gleich funktioniert.“

Weitere Infos auf:
www.interbrigadas.org



Mitdiskutieren. Mitkämpfen. – Die Linksjugend ['solid]

Die Linksjugend ['solid] ist ein offener, unabhängiger und der Partei Die LINKE nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen.

Im ganzen Land sind wir mit über 100 lokalen Gruppen in Dörfern und Großstädten aktiv, demonstrieren gegen den Überwachungsstaat, blockieren Naziaufmärsche, streiten gegen Notenstress und soziale Auslese im Schulsystem, fordern Ausbildungsplätze für alle und vieles mehr. Vor Ort, sowie auf Landes- und Bundesebene diskutieren wir politische Themen und bilden uns auf Seminaren und Konferenzen weiter, um neue Positionen entwickeln und vertreten zu können. International vernetzen wir uns mit anderen linken Jugendverbänden, organisierten

Camps und Fahrten, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam stärker für unsere Ziele einzutreten.

In Berlin und Brandenburg sind wir ein stetig wachsender Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in welcher der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

Interesse? Dann schau einfach mal vorbei unter www.linksjugend-solid-brandenburg.de oder www.linksjugend-solid-berlin.de.

linksjugend
['solid] 

<p>ich möchte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> mitmachen <input type="checkbox"/> Infos über Linksjugend ['solid] <p>*ausschneiden, abschicken: Linksjugend-['solid] e.V. kleine Alexanderstr. 28 10178 Berlin</p> <p>www.linksjugend-solid.de</p>	<p>Name _____</p> <p>Adresse _____</p> <p>Tel / Handy _____</p> <p>Email _____</p>
--	--

Politisches Neusprech

- Heute: Unrechtsstaat -

George Orwell stellte durch sein Buch „1984“ die These auf, dass wer die Sprache gezielt verändert, damit sogleich das Denken in eine bestimmte Richtung lenken will. Sollten wir so denken, wie wir sprechen, so ist eine Sprachmanipulation zugleich auch immer eine Gedankenmanipulation. In dieser Rubrik sollen Begriffe im politischen Alltag näher erläutert und kritisch analysiert werden.

Der Begriff Unrechtsstaat „impliziert, dass alles unrecht war, was in diesem Staat geschehen ist. So weit würde ich im Hinblick auf die DDR nicht gehen.“ Gesine Schwan, Kandidatin für das Bundespräsidentenamt im Mai 2009

Als ein Unrechtsstaat wird ein Staat bezeichnet, der kein Rechtsstaat ist. Während der Begriff Rechtsstaat klar definiert ist (Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte, Grundrechte usw.), ist der Begriff des Unrechtsstaates ein schwammiger abwertender und nicht juristischer Begriff. Er wird politisch und medial instrumentalisiert, um einem Staat bzw. Regime einen negativen Stempel aufzudrücken.

Einen Begriff zu definieren, indem man sagt, was er nicht ist, offenbart seine propagandistische Verwendung. Eine negative Assoziation wird damit quasi automatisch erzeugt, da der Begriff nur aussagt, was nicht ist und nicht, was ist. Der Begriff fordert die Schaffung eines Rechtsstaates. Vor allem Diktaturen werden häufig als „Unrechtsstaaten“ bezeichnet. Sog. „Schurkenstaaten“ und die DDR bekommen oft dieses Attribut. Die politische Instrumentalisierung des Terminus kann beim Umgang mit der DDR gut beobachtet werden. Während konservative Politiker und Parteien die DDR als ein Unrechtsstaat bezeichnen, lehnen Politiker der Linkspartei und auch viele Ostdeutsche (ca. 41%) die Bezeichnung ab.

Mitte Mai 2009 wurde der Begriff während der Bundespräsidentenwahl in Deutschland abermals als Kampfwerkzeug benutzt. Die SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, Gesine Schwan, wurde von Medien und vielen SPD-Politikern vorgeworfen, dass sie die DDR nicht eindeutig als „Unrechtsstaat“ bezeichnen würde. Da Schwan auf die Stimmen der Linken angewiesen war und diese sich verärgert gezeigt hätten, wenn Schwan die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet hätte, kann man die Instrumentalisierung des Begriffes hier als ei-

nen politischen Schachzug interpretieren. Auf diese Art würde sie Stimmen entweder bei den Linken oder denen verlieren, welche die DDR gerne als Unrechtsstaat etikettiert sehen wollten.

Davon abgesehen suggeriert der Begriff, dass ein Rechtsstaat per se nicht unrecht handeln kann, da ein Rechtssystem installiert ist. Vielmehr ver schwimmt alles Unrecht im Rechtsstaat, denn der Verweis auf das juristische System legitimiert alles als Recht. So wird beispielsweise die Kündigung einer Kaisers-Verkäuferin, wegen angeblichem

Diebstahls von 1,30 Euro im Februar 2009 nicht als Unrecht definiert, da die Gerichte es so entschieden haben. Auch völkerrechtswidrige Kriege, steigende Armut und ungerechte Bildungschancen werden im Rechtsstaat Deutschland nicht als Unrecht definiert.

by epikur



www.zeitgeistlos.de

Anzeige

Montag, 7. September 2009, 19:00 Uhr

Operation Condor - Eine Internationale des Terrors (Lateinamerika-Reihe)

Die Sicherheitsdienste von sechs südamerikanischen Ländern operierten in den 70er und 80er Jahren grenzübergreifend, um politische Gegner der Militärdiktaturen auszuschalten. Französische Algerien-Veteranen lehrten Foltermethoden, amerikanische Ausbilder lieferten technisches know-how und Logistik, das Verschwundenlassen von Personen wurde systematisch angewandt. Im Jahr 2000 wurde die finanzielle Unterstützung durch die CIA bekannt. Nach und nach freigegebene Dokumente belegen, dass der US-Sicherheitsberater und Friedensnobelpreisträger 1973, Henry Kissinger, von der Operation Condor nicht nur wusste, sondern sie auch »aktiv duldet«. Und die Verbindungen wirken noch in die Gegenwart. Klaus Eichner, ehemals leitender Analytiker in der Gegenspionage der DDR, legt mit dem kürzlich erschienenen Buch Ergebnisse seiner Recherche vor.

Referent: Klaus Eichner Moderation: Winfried Hansch Eintritt: 1,50 Euro

Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Freitag, 25. September 2009, 19:00 Uhr

Philosophische Gespräche - Lebendiger Sartre

Welche Bedeutung können Leben und Werk von Jean-Paul Sartre für uns, für Leser des 21. Jahrhunderts haben? In dem 2005 im französischen Verlag Le Bord de l'Eau Bordeaux und 2009 erweitert im BasisDruck Verlag Berlin herausgegebenen Band „Lebendiger Sartre“ äußern sich auf sehr persönliche Weise Autoren aus 23 Ländern aus 4 Kontinenten und vier Generationen über ihre prägende Begegnung mit dem Philosophen, Schriftsteller und Intellektuellen. Die einen arbeiteten als Freunde mit ihm zusammen, waren ihm in Liebe und Freundschaft verbunden. Andere widmen sich als Übersetzer, Lehrende, Schriftsteller seinem Werk. Spurlos ist diese Begegnung nie gewesen! Mit dem Herausgeber, dem Berliner Philosophen und Romanisten Dr. Vincent von Wroblewsky, und weiteren Autoren, die am Buch beteiligt waren, wollen wir über die Aktualität Sartres sprechen.

Moderation: Dr. Falko Schmieder

Eintritt: 1,50 Euro Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Helle Panke
KOPENHAGENER STR. 9
10437 BERLIN

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24

fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de

web: www.helle-panke.de

Zur Förderung von Politik,
Bildung und Kultur e.V.

Sonnabend, 5. September 2009 in Berlin

MAL RICHTIG ABSCHALTEN!

Bundesweite Demo gegen Atomenergie

- * 13 Uhr - Auftaktkundgebung am Hauptbahnhof.
 - * gemeinsamer Zug zum Brandenburger Tor, Empfang des Trecker-Trecks * ab 15 Uhr Kundgebung vor dem Brandenburger Tor mit Musik und mehr
- mehr Infos: <http://www.anti-atom-treck.de>



Sonnabend, 05. September 2009

»Rock für Links«

Stadtpark Lichtenberg, Parkaue, Nähe S-Bhf. Frankfurter Allee

Wie jedes Jahr findet auch im Jahr 2009 das bunte, antifaschistische Rock für Links statt, allerdings später als gewohnt am 5. September. Das 14. RfL widmet sich dem Thema sozialer Gerechtigkeit.
mehr: www.rock-fuer-links.de/

Sonntag, 13.9.09 | 13-18 Uhr | Bebelplatz

Tag der Mahnung

Unter dem Motto Erinnern – Gedenken - Handeln findet am 13. September 2009 der diesjährige Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung statt. Aufgrund von Baumaßnahmen musste der Ort zum Bebelplatz in Berlin-Mitte (Straße Unter den Linden gegenüber der Humboldt-Universität) verlegt werden.

mehr: www.antifa.de

Donnerstag, 17. Septemer 2009

Bundesweiter dezentraler Aktionstag.

Wir zahlen nicht für Eure Krise.

Für solidarische Bildung und eine soziale Gesellschaft.

Mehr Informationen zu allen Terminen und weitere Empfehlungen auf www.rottdorn.org

Sonntag, 27. September 2009

Bundestagswahlen

Freitag bis Sonntag, 2. - 4. Oktober 2009

Make Capitalism History Kongress

Kongress an der FU Berlin mit

100+ Workshops, Podien und

Konzerten u.a. mit: Elmar Altva-

ter, Robert Brenner, Klaus Dörre, Mike Davis, Alex Demirovic, Katja Kipping, Michael Heinrich u.v.m. Organisiert von Die Linke.SDS.

Mehr Informationen unter www.make-capitalism-history.de

MAKE CAPITALISM HISTORY



**KONGRESS, BERLIN, 2.-4. OKTOBER 2009
100+ WORKSHOPS, PODIEN, KONZERTE**

<input type="checkbox"/> Ich will beim Rotdorn mitmachen! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu unserem nächsten Redaktionstreffen ein.	<input type="checkbox"/> Ich brauch ein Abo! Das Abo kostet 3 Euro pro Jahr (Geld bitte dem Brief belegen). Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum Verteilen. Anzahl: _____
Name _____	
Straße _____	
PLZ _____ Ort _____	
eMail _____ Tel. _____	
Den Rotdorn 52 fand ich _____	
Themenauswahl _____ (Note 1-6)	Aufmachung: _____ (Note 1-6)
Bester Artikel _____	
Warum? Weil _____	
Deine Kritik _____	
Ich habe den Rotdorn _____ Ort, Anlass _____ erhalten.	
Ich lese den Rotdorn zum _____ Mal. Ich bin _____ Jahre alt.	

**An
Rotdorn
c/o Linksjugend [solid]
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin**

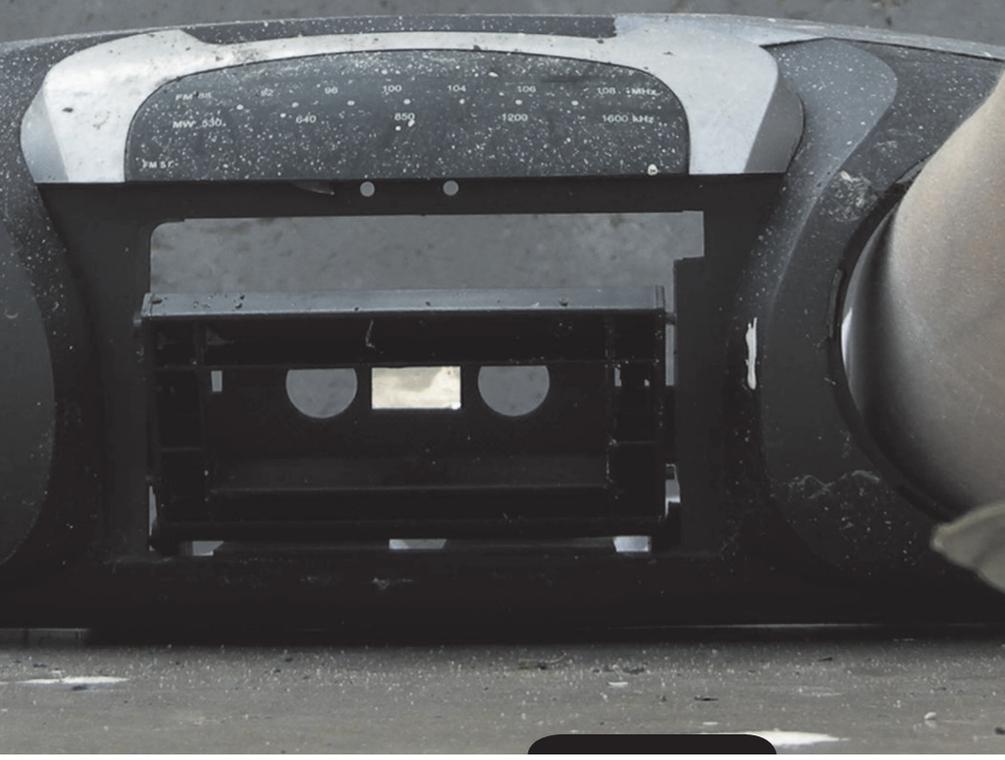
ROTDORN RADIO

Mit wechselnden Themenschwerpunkten
machen wir politisches Radio
mit Studiogästen, Telefoninterviews,
Livemitschnitten und Musik von
Reggae/Ska über HipHop bis Punk.
Während der Sendung ist ein
Zuhörer(innen)telefon freigeschaltet: 030/46 40 05 17



Einschalten!

An jedem zweiten Montag
(jede gerade Kalenderwoche)
von 19 bis 20 Uhr
auf den Frequenzen des OKB
In Berlin: Antenne 97,2 oder Kabel 92,6
Anderswo: Livestream auf www.okb.de



**Alle Sendungen als mp3-file zum Download unter:
www.ROTDORN.org**